

Hochwasserschutz endlich konsequent umsetzen

Zum Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 5/6239

Meine sehr verehrten Damen und Herren auf unserer Tribüne, auch vonseiten der Opposition ein ausdrücklicher Dank an Ihre großartige Leistung und Ihre unglaubliche Einsatzbereitschaft in einer Situation, in der Menschen große Sorgen hatten und wir uns fragen müssen - und so ist heute die Diskussion -, was können wir tun, um Ihre Arbeit zu verbessern, was müssen wir tun, um Ihre Arbeit zu verbessern, und was müssen wir gemeinsam tun, um solche Situationen in Zukunft früher oder besser in den Griff zu bekommen?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was können wir auch tun, um vielleicht solche Situationen gänzlich zurückzudrängen? Ich will ein Stichwort nennen, über das man lange Zeit Scherze gemacht hat „Klimawandel, Klimaschutz“, als ein Thema, das unbedingt mit in die Diskussion gehört.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich will mich ausdrücklich dem Dank der Ministerpräsidentin anschließen und auch Bezug nehmen auf alle Zahlen, Daten, Fakten, die Sie genannt haben. Das muss ich als Oppositionsvertreter nicht wiederholen, weil das die Arbeitsgrundlage für das ist, was die Regierung jetzt auf den Weg gebracht hat, aber auch wir als Fraktionen mit unserem gemeinsamen Antrag deutlich gemacht haben, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen wollen und - wie der Kollege Mohring eben ausgeführt hat - auch nicht unkritisch gehen wollen, denn es gibt Situationen, die man so schräg gar nicht vorherdenken kann, wie sie einzelnen dann geschieht. Da hilft dann auch schnelle Hilfe nichts, wenn man feststellt, dass gemeinnützige Vereine, wie in Jena die überbetriebliche Ausbildung und, ich muss schauen, das Saale-Betreuungswerk absäuft, allein beim Saale-Betreuungswerk ein Schaden von über 700.000 €, das ist ein gemeinnütziger Verein, der keine Rücklagen bilden darf, und es ist ein Ort, in dem es keine Versicherungen gibt. Das heißt, ein solcher Verein steht vor der Existenzvernichtung. Er fällt nicht in das Programm der Wirtschaft, wo Matthias Machnig die Weichen ordentlich gestellt hat, er fällt auch nicht in den Vereinsspendentopf oder Investitionstopf, den der Kultusminister aufgelegt hat. Auch über solche Dinge müssen wir reden. Dasselbe gilt für die Volkssolidarität in Zwätzen. Da ist der Kindergarten abgesoffen, da wird das Gebäude noch über die Versicherung finanzierbar sein, aber schon die Freiflächen und die ganzen neuen Kinderspielgeräte sind alle vernichtet. Das heißt, da zahlt keine Versicherung und da greifen auch die Instrumentarien noch nicht so richtig.

Ich verstehe aber, werte Frau Ministerpräsidentin, Ihr Agieren so, dass wir für all diese Problemfälle Lösungen suchen und finden werden. Deswegen glaube ich, dass wir schauen müssen, was können wir tun, was müssen wir tun. Am Beispiel - Mike Mohring hat es gesagt - der Kommunen, die keinen Haushalt haben, haben wir auch genau solche Situationen.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben ja darauf hingewiesen, direkt als wir aus China zurückgekommen sind, sind Sie unterwegs gewesen, sind alle anderen sozusagen ausgeschwärmt, haben geschaut, da gibt es so eine Situation, dass dann auf einmal eine freiwillige Feuerwehr sagt, wir würden gerne helfen, weil an dem Ort, wo wir sind, ist alles getan, und jetzt ist die Frage, wie ist die Zuständigkeit, wer bezahlt den Diesel, damit die freiwillige Feuerwehr losfahren kann. Da habe ich den Innenminister kurz angerufen, der hat mir ein Signal gegeben und das Problem war innerhalb von fünf Minuten gelöst.

Ich habe in Erfurt gesehen, DLRG war gut vorbereitet, neben all den Kollegen vom Roten Kreuz, THW und Feuerwehr und freiwillige Feuerwehr, das hat alles hervorragend ineinandergegriffen, trotzdem war die DLRG-Einheit bereit, weiter zu helfen. An der Stelle haben wir dann den Tipp weitergegeben und ganz schnell wurde die DLRG-Einheit angefordert. Auch da hat man gesehen, die Ketten, die sozusagen jenseits der offiziellen Linien gehen, haben eigentlich in den letzten Tagen unglaublich geholfen. Das heißt, mein Dank gilt all denen, die einfach so schräg gedacht haben, dass man gesagt hat, zuerst steht die Hilfe. Was können wir tun, wo können wir helfen? Und keiner hat gefragt vorher, wo ist die Risikoabschätzung, wo ist die Risikoabwehr, wo ist das Geld, dass ich dabei verdiene, nein, und das will ich ausdrücklich sagen, alle, die zugefasst haben, haben zugefasst, um zu helfen, und dafür kann man aus tiefsten Herzen nur Dank sagen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An ein paar Punkten, will ich schon sagen, habe ich eine etwas andere Einschätzung bei der Herangehensweise, wenn wir bewerten 2002 zu 2013. Wir haben jetzt zweimal diese katastrophalen Fluten innerhalb von zehn Jahren erlebt. Das heißt immer im technischen Bereich HQ100, soll heißen, das Hochwasser kommt nur alle 100 Jahre. Jetzt ist es nach zehn Jahren wieder gekommen und die Maßnahmen, die man 2002 ergriffen hat - und da ist viel Geld in die Hand genommen worden -, die greifen zehn Jahre später schon nicht mehr. Und manches ist einfach nicht konsequent zu Ende gebracht worden. Über das muss man reden. Also ich stehe in Meuselwitz in der Schule und sehe, dass im Kellergeschoss der EDV-Raum und der Chemieraum sind. Der ist schon 2002 abgesoffen. Und die Schulleitung hat den Antrag gestellt, dass wenigstens dieser Teil nach oben kommt, damit er nicht wieder bei einer Wassergefährdung absäuft. Das letzte Mal hat der Schuldirektor selbst alles hoch getragen, er hat es noch hoch tragen können. Dieses Mal war das Wasser schneller. Der Antrag, das von unten nach oben umzusetzen, ist abgelehnt worden aus Kostengründen. Dem müssen wir nachgehen. Und deswegen sage ich, das ist keine Frage von Opposition und Regierung, sondern es ist eine Frage von uns gemeinsam, dass man sagt, was ist nicht konsequent zu Ende gebracht worden. In Meuselwitz gab es einen Hochwasserschutz, der komplett geplant war. Die Bürgermeisterin hat mir das noch mal genau erläutert. Das ist von der nächsthöheren Stelle abgelehnt und verworfen worden. Es hätte also ein Teil der Flut verhindert werden können, dort, an der Stelle. Das Wasser an sich wäre trotzdem da gewesen. Der Punkt ist nur, und das versteht dann dort am Ort niemand, warum man dann, wenn man den einen Planungsteil verwirft, nicht einen neuen Planungsteil in der Zwischenzeit umsetzt.

Und, ich muss mir auch an die eigene Nase fassen, in meinem Wahlkreis besichtigte ich vor zwei Jahren eine Stelle, wo mir gesagt wird, hier muss Hochwasserschutz gemacht werden, ich gehe der Sache nach, versuche das zu unterstützen und dann erfahre ich am Samstag im Lagezentrum, genau diese Stelle ist unter Wasser. Und ich sage so, ja, aber das ist doch seit zwei Jahren bekannt, dann wird mir geantwortet, seien Sie mal lieber still, Herr Abgeordneter, weil die dafür Zuständigen am Ort haben auf das Baurecht bestanden. Jetzt ist Baurecht erteilt worden und der Ort ist abgesoffen. Hätten Sie mit Einvernehmen

gebaut, wäre alles verbaut gewesen und es wäre erledigt gewesen. Also insoweit, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, geht es überhaupt nicht darum, irgendeine Lösung zu finden, die heißt, die Opposition weiß es besser, die Regierung ist schuld, sondern in diesem Fall haben wir mit einer katastrophalen Situation umzugehen. Die Bilder im Moment von Sachsen-Anhalt und Sachsen und Brandenburg, auch die Bilder, die kurz vorher von Bayern kamen, sind einfach prägend. Ich bin froh, dass wir den gemeinsamen Antrag so auf den Weg gebracht haben. Wir hatten als Opposition einen Antrag eingereicht, der sozusagen den Erkenntnissen gezollt hat, die wir an dem Tag hatten. Die Kollegen der anderen Fraktionen haben das aufgegriffen, ich habe mich nicht irgendwie ausgegrenzt gefühlt und wir haben keinen Sonnenscheinantrag gemacht. Sondern wir sagen, wir wollen, dass darüber berichtet wird, und wir haben eine Zielstellung. Am Ende muss es Maßnahmen geben, die viel konzentrierter greifen. Die Frage, die wir uns aber ehrlich beantworten müssen, ist die Frage, wie häufig werden solche Katastrophen auf uns zukommen und wie intensiv müssen wir mit ihnen umgehen. Denn Mike Mohring hat darauf hingewiesen, Bürger wollen gern am Wasser bauen, sie möchten sozusagen gern einen schönen Blick auf ein Fließgewässer haben. Wenn man dann sagt, das geht nicht, weil wir genau diesen Teil des Flusses, des Bachs brauchen, dann sind wir als Politiker diejenigen, die blöd angeschaut oder auch angemeiert werden. Und wenn Sie, Frau Ministerpräsidentin, sagen, es darf in Auen nicht gebaut werden und wir bekommen jetzt die Katasterkarten und, und, und, dann bleibt die Frage, warum wird in Bad Salzungen gerade in einer Aue ein Hotel genehmigungsfähig auf den Weg gebracht. Dann müssen wir uns aber auch die gleiche Frage nach der Multifunktionsarena in Jena stellen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann müssen wir auch den Mut haben, die Dinge anzuschauen, und zwar nicht parteipolitisch, sondern tatsächlich dem Flussverlauf folgend oder dem Bachverlauf folgend. Manche Dinge haben wir ja 2002 gelernt und jetzt noch einmal 2013, dass manchmal ein Rinnsal, das völlig unbedeutend aussieht, zu einem Riesenproblem werden kann, wenn, wie an einer Stelle vor Erfurt von der einen Seite der kleine Mühlbach kommt und von der anderen Seite der Überlauf der Heida durch die Apfelstädt auf denselben Punkt am Ende einwirkt. Auch da muss man lernen, die Wassermengen besser zu berechnen, besser abzuschätzen und natürlich dann auch konsequent Maßnahmen zu ergreifen, dass das Wasser nicht so schnell fließt, weil die Beschleunigung hilft nicht weiter.

Ich erinnere mich an die 70er-Jahre in Rheinland-Pfalz. Die Mosel wurde jahrzehntelang begradigt und die Moselhänge, die Weinberge wurden drainagiert. Das Ergebnis dieser Drainagierung ist, dass das Regenwasser, das auftritt, innerhalb von Sekunden unten im Fluss ist. Das Ergebnis davon war, dass der Fluss in kürzester Zeit hochsteigt. Lange Zeit wollte niemand darüber reden. Der Bach, an dem ich in Hessen gewohnt habe, war schnurgerade ausgerichtet seit den 20er-Jahren, dann wurde er mit Millionen zurückgebaut, damit er ganz langsam und träge fließt und die Weiden wurden als Au-Weiden genutzt. Da haben sich die Bürger aufgeregt und gesagt, die Politik ist verrückt geworden, solche Schlängelbäche wieder zu machen, der gerade Bach ist doch viel schöner. Und jetzt merken wir langsam, hier geht etwas schief. Deswegen bin ich froh, wenn wir anfangen, auch gründlicher gemeinsam darüber zu reden, welche Verantwortung haben wir an diesen Stellen, das heißt auch, am Ende an der Stelle, wo wir vor Ort Gesicht zeigen müssen.

Ich will nur sagen, am 20. Mai, Frau Ministerpräsidentin, kurz bevor wir nach China

gefliegen sind, war im MDR-Fernsehen der Filmbeitrag über die Thüringer Sintflut. Den habe ich mir angesehen und mir gedacht, ist ja spektakulär, was der MDR da macht. Das war noch, bevor der Regen losging. Danach habe ich über diesen Film anders nachgedacht. Eine 8 m hohe Wasserwand im Ilmtal ist für uns unvorstellbar. Aber sie hat stattgefunden. Am 23. Mai 1950 ist in Bruchstedt innerhalb von wenigen Minuten das ganze Dorf abgesoffen, 60 Prozent aller Häuser sind vernichtet worden, das ganze Vieh ist ertrunken und sechs Menschen waren tot - Bruchstedt in Thüringen bei Bad Langensalza. 2002 bei Leubingen standen wir in der Nacht vor der Frage, muss der Deich geschlitzt werden oder läuft er über? Die Frage ist, wie benachrichtigt man dort die Menschen, damit sie nachts wissen, dass sie aus den Häusern rauskommen müssen? Da kommt dann auch so eine Frage, wo sind denn die Sirenen abgeblieben? Es gab mal ein Sirenenalarmierungssystem in ganz Deutschland. Da, wo die Kameraden der Feuerwehr auf stille Benachrichtigung umstellen, bleibt am Ende die Frage: Wie bekommen wir denn genug Lärm und Krach in der Nacht, um solche Dinge als Alarmsituation zu kennzeichnen? Das ist der Zuständigkeit des Föderalismus - das ist der etwas andere Akzent - 1990 zum Opfer gefallen. Der Bund hat gesagt, Katastrophenbenachrichtigung ist nicht mehr unser Thema, der Kalte Krieg ist um, die DDR gibt es nicht mehr, wir müssen niemanden mehr wegen drohender Kriege benachrichtigen, also haben wir das Katastrophenwarnsystem komplett abgeschafft. Ob das richtig war, da habe ich große Zweifel. Ich glaube, darüber müssen wir miteinander reden.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin unglaublich dankbar für die Improvisation, die alle Beteiligten an den Tag gelegt haben. Ohne diese Improvisation wäre uns manches schlimmer begegnet. Wie man sieht, die Bürger zwischen Sachsen und Brandenburg und Sachsen-Anhalt debattieren im Moment über die Frage, ob der Ausbau des Hochwasserschutzes in Sachsen nicht zu einer erhöhten Flut in Sachsen-Anhalt und Brandenburg geführt hat. Das Pretziener Wehr wird heute geschlossen und die ganzen Polderwiesen, die geöffnet worden sind, wo dann hintendran der Deich gebrochen ist und die Gemeinden von beiden Seiten abgesoffen sind, führt dazu, dass die Bürger dort sagen, es kann doch nicht sein, dass ein Bundesland sich schadlos hält zulasten des anderen. Ob das stimmt, wissen wir nicht, aber wir haben die Bilder auch gesehen, wo empörte Bürger sagen, wir glauben euch nicht. Diese Geschichte an dem Schöpfwerk in Sachsen-Anhalt, wo der Minister dann noch einen Holzknüppel Richtung Kopf geworfen bekommen hat, weil er nicht erklären konnte, warum das Schöpfwerk nicht angestellt wird und die Bürger sehen, ihre Gemeinde säuft ab.

Wir haben so etwas im Kleinen, es ist überhaupt nicht so dramatisch passiert, aber wir haben im Kleinen die gleiche Frage. In Sömmerda ist die Unstrut außen herum Gewässerklasse 1 und die Alte Unstrut, die Sömmerda entwässert, ist jetzt der Mühlgraben, Gewässerklasse 2. Der Bürgermeister sagt, wenn die Unstrut mittlerweile einen höheren Pegelstand hat, weil sie ablaufendes Wasser mitnimmt, entwässern wir Sömmerda nicht mehr. Das dazugehörige Schöpfwerk, das notwendig ist, dazu sagt die Landesebene jetzt, das muss die Gemeinde bauen, weil es Gewässerklasse zweiter Ordnung ist.

Stichwort Leubingen: Die Deiche von Leubingen sind 2002 alle wirklich unglaublich gut ausgebaut worden. Da kann man einfach nur sagen große Klasse, überhaupt keine Kritik. Trotzdem bleibt die Frage, wer die Wiesen dort bewirtschaftet, wenn sie unter Wasser stehen und er kann sie für Futter nicht benutzen für seine Hochleistungsmilchkühe, er muss dann anschließend irgendwann mal Futter dazukaufen. Finanzieren wir das alle gemeinsam oder nicht oder überlassen wir das dem jeweiligen Betrieb? Auch die ganzen Auen dort sind mit Schöpfwerken zu entleeren und seit Jahren gibt es ein

Zuständigkeitsgerangel, wer diese Schöpfwerke finanziert.

Das sind Sachen, bei denen ich meine - so verstehe ich unseren gemeinsamen Antrag -, wir müssen Stück für Stück darüber reden, und zwar ohne Adressierung, wer daran Schuld ist, sondern immer mit der Adressierung, wie können wir es lösen, wie bekommen wir es besser hin und welche Konsequenzen können wir ziehen. Die Frage, die wir uns aber auch politisch stellen müssen, ist die Frage von Versiegelung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben wir die Kraft, Versiegelung zu thematisieren? 77 Hektar Land werden täglich in Deutschland aus der Flächennutzung herausgenommen, heißt, Stück für Stück versiegelt oder verdichtet - 77 Hektar täglich. Das sind 280 Mio. Quadratmeter Grundfläche, die beim Versickern von Regenwasser fehlen. Mit jedem Stück verdichtetem Raum und asphaltiertem Raum nehmen wir dem Wasser den Zugang in die Erde. Genau diese Sachen haben wir in diesem Jahr spüren müssen, deswegen muss über Versiegelung geredet werden und es muss auch über die Dinge im Katastrophenschutz geredet werden, die vielleicht nicht ganz so optimal waren.

Mein Kollege Tilo Kummer weist mich immer darauf hin, dass es für die Talsperre Weida schon seit zehn Jahren eine Anordnung gibt, dass die Staumauer saniert werden muss. Die zuständige Institution sagt, na ja, schauen wir mal. Aber „schauen wir mal“ innerhalb einer solchen Katastrophensituation hilft nicht weiter. Jetzt sind Weida und Zeulenroda nicht zum Katastrophenteil geworden, aber richtig ist, es hätte auch sein können, dass wir sie gebraucht hätten. Und wenn wir sie gebraucht hätten, dann nutzt es nichts, zu sagen, zehn Jahre haben wir uns mal darum gestritten, wer zuständig ist, um die Sanierungsanordnung der Staumauer und bei Zeulenroda den Hochwasserüberlauf der Talsperre zu sanieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn das nicht gemacht wird, dann ist das unterlassene Hilfeleistung. Von daher müssen wir darüber in Ruhe reden, aber wir haben nicht die Zeit, das noch mit Zuständigkeitsgerangel auf die lange Bank zu schieben.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu kommen Fragen wie Katastrophenstäbe oder Katastropheneinsatzplanungen. Ich habe örtliche Katastropheneinsatzplanungen gesehen, die waren perfekt. Bei Erfurt kann ich nur den Hut vor ziehen, die haben gesagt, Herr Abgeordneter, sie können sich mal eben kurz in die Ecke stellen und zuschauen und zuhören, stören sie bitte nicht, das finde ich auch völlig richtig, weil wir nicht zu stören haben, sondern wir haben uns nur Informationen abzuholen. Da konnte ich einfach sehen, klappt perfekt. Wenn dort aber die Diskussion kommt, es muss ein Deich möglicherweise geschlitzt werden - es stand noch gar nicht an, es stand nur die Frage an -, dann kommt das Signal, die Bundeswehr hat keine Pioniereinheit und es wäre vielleicht eine niederländische Einheit, die abrufbereit wäre, dann müssen wir über so etwas reden, dann können wir nicht einfach darüber hinweggehen und sagen, gut, dass die Pioniereinheiten in Gera einsatzbereit waren - waren sie und sie haben eine hervorragende Arbeit gemacht -, aber wenn in Gera die Pioniereinheit oder das THW erst einmal nach Sachsen weitergeschickt werden und sie anschließend fehlen, dann ist das eine Problemlage, über die wir dann auch reden müssen. Wenn in Gera - und ich muss es einfach sagen -

Spundwände, die nach 2002 angeschafft worden sind, wegen Zuständigkeitsgerangel nicht eingebaut werden, weil der Feuerwehrmensch sagt, ich bin Feuerwehr,

(Beifall SPD)

ich habe mit dem Einbauen der Spundwände nichts zu tun, das muss doch der städtische Bauhof machen, dann ist allein schon diese Fragestellung für mich nicht akzeptabel, denn erst einmal ist die Spundwand einzubauen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und die Frage ist immer, wenn ich Spundwände habe, wer sich darum kümmert. Das muss doch geklärt sein. Genauso waren - das war jedenfalls mein Eindruck, als ich in Erfurt und in Altenburg das Lagezentrum sehen konnte - alle Daten vorhanden. Mike Mohring hat darauf hingewiesen, wie man diese Datenbenachrichtigung optimieren und verbessern kann. Das ist schon eine zentrale Frage. In den Lagezentren habe ich sie gesehen. Es war alles eingeblendet und die Kollegen, die da gearbeitet haben, wussten, über welche Dinge sie entscheiden. Da kommt noch Wasser von da, da kommt noch Regen von da, da sind die und die Pegelstände zu bedenken usw. Wenn du aber als Bürger versucht hast, mit deinem Smartphone die gleichen Informationen irgendwie abzurufen, um zu wissen, was bei dir los ist, das hat nicht funktioniert. Beim MDR - das muss ich einfach mal sagen - war mein Eindruck, dass für Sachsen-Anhalt und für Sachsen das gut funktioniert hat. Ich habe es für Thüringen nicht gesehen, ich weiß aber auch nicht, warum es so nicht war. In Sachsen und Sachsen-Anhalt gab es eine Hotline beim MDR, die die ganze Zeit über sämtliche Daten als Live-Ticker zusammengefasst hat. Nur wenn ich sehe, dass in Sachsen mittlerweile eine SMS-Benachrichtigung für die Bürger organisiert ist, dann müssen wir darüber nachdenken, was verbessern wir, wie bekommen wir das hin, dass jeder Bürger, der in den Regionen wohnt, bei denen dann die Gewässerkarten, Frau Ministerpräsidentin, ausweisen, dass das Risikogebiete sind, dass an die Gewässerbereiche SMS-Benachrichtigungen für die Bürger da sind. Da, glaube ich, ist einiges zu verbessern.

Was ich nicht verstehe - und ich will es hier ansprechen, weil ich es einfach nicht verstanden habe -, wenn der Landrat Saalfeld-Rudolstadt, Hartmut Holzhey, seinen Katastrophenstab aufbaut, das Management organisiert und dann bei ihm die Meldung eingeht, dass das Schlimmste durch sei, also Katastrophenstab kann runtergefahren werden, was auch in Ordnung ist, wenn dann eine halbe Stunde später ein Fax kommt vom Landesverwaltungsamt, dass das genau falsch sei, dann sollten wir mal darüber reden, wer gibt hier welche Informationen und müssten wir nicht innerhalb solcher Katastrophenszenarien One Stop, also eine Hand, eine einzige Stelle, bei der sämtliche Daten zusammenlaufen. Ich könnte mir eben vorstellen, dass das, was ich in Erfurt gesehen habe, dass alle Informationen in einem Raum zusammenlaufen, auch auf der Landesebene so laufen muss. Da kann es nicht sein, dass ein Stab im Landesverwaltungsamt ist und eine Informationszuständigkeit beim TLUG. Deswegen sage ich ausdrücklich, ich habe es nicht verstanden, ob das alles so ist, weiß ich nicht. Aber die Landräte und Oberbürgermeister, mit denen ich geredet habe, haben mir signalisiert, dass sie sich durchaus nicht optimal informiert gefühlt haben, was die Abläufe angeht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist überhaupt keine Kritik gegen irgendjemanden, sondern eine Nachricht, lass uns

darauf gucken. Deswegen bin ich so einverstanden, dass wir diese gemeinschaftliche Initiative jetzt ergriffen haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Katastrophenstäbe, ich habe es angesprochen, löst aber auch die Frage aus, wenn wir im Moment es so haben, dass jeder Landkreis einen Katastrophenzug vorhalten muss, dann sind wir bei einem ganz anderen Thema. Da drücken wir uns ja immer vor. Gebietsreform, kommunale Verwaltungsreform. Ist es wirklich richtig, dass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt den kompletten Zug vorhalten muss? Bräuchten wir nicht eine territoriale Optimierung? Auch da will ich mal mein Beispiel wieder sagen, hatte jetzt mit der Flut weniger zu tun, ist mir dabei nur aufgefallen: Wenn die Feuerwehr in Sömmerda von der Stadt Sömmerda ehrenamtlich unterhalten wird, die die große Drehleiter hat, aber ansonsten im Landkreis keine weitere große Drehleiter ist, obwohl weitere Drehleitern da sein müssten, aber das Landratsamt nichts unternimmt, weil sie wissen, die Gemeinde Kindelbrück, die da z.B. eine vorhalten müsste, hat das Geld überhaupt nicht, um sie zu bezahlen, aber Sömmerda muss nächstes Jahr für die Drehleiter die 20-jährige Durchsicht machen und weiß nicht, warum sie dann wiederum das ganze Geld alleine stemmen muss. Diese Beispiele sind es, die wir uns angucken müssen, um zu sagen, bei Katastrophenschutz und bei Umweltschäden und bei Wasserschäden brauchen wir einen Einsatzplan und eine Finanzierungsleistung, die auf alle verteilt ist.

Ich weiß, dass 2002 in Deutschland eine große Katastrophenschutzübung national stattgefunden hat. Das war diese Antragsgefahr, wo es um Gift ging. Da haben wir es einmal komplett durchgeübt. Ich würde mir wünschen, wir würden regelmäßig beim Thema Wasser solche Übungen organisieren, um sie aufeinander einspielen zu lassen, damit eben nicht der, der jemanden kennt, weiß, wie er an die besseren Informationen kommt, sondern dass der Ablauf der Informationen und der Hilfsmaßnahmen ineinander greifen. Und politisch diskutieren müssen wir tatsächlich über Klima, Klimawandel, Klimaschutz und wir müssen über Bodenversiegelung und Rückeroberung der Flutauen reden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch da mein Beispiel: Bei mir in meinem Wahlkreis ist ein riesiges Gartengelände. Die sind regelmäßig unter Wasser. Trotzdem wird immer wieder auf dem gleichen Gelände gebaut. Das ist hinter dem Deich. Also ich bin gebürtiger Norddeutscher. Ich weiß, dass hinter dem Deich nicht gebaut wird. Und wenn gebaut wird, muss derjenige so bauen, dass das Wasser durchgeht und der Schaden relativ minimal ist. Auch da muss man, finde ich, miteinander jetzt ins Gespräch kommen. Weil an den Stellen, und das habe ich in Gößnitz gesehen, in Gößnitz ist der ganze Flutbereich 2002 mit hervorragenden Dämmen ausgestattet worden. Die Fußgängerbrücke ist saniert worden und auf die Fußgängerbrücke ist ein großes Gitter, damit keiner herunterfällt, ein Schutzgitter angebracht worden. Genau dort sind aus den Gartenanlagen die ganzen Gartenhäuschen, die Balken und alles hängengeblieben, haben wie eine Biberburg gebildet, und anschließend ist in Gößnitz an einer Stelle über dem Scheitelpunkt des neuen Deichs die ganze Brüche drübergegangen. Der Schaden war immens. Jetzt ist die Frage: Was machen wir mit der Brücke? Und was machen wir mit all dem schwimmbaren Zeug, das dann in solchen Flutauen sich befindet. Auch darüber müssen wir den Mut und die Kraft haben zu reden. Deswegen müssen wir auch Menschen, die möglicherweise umziehen oder Schaden haben, Möglichkeiten geben, an einer anderen Stelle sich ihren Teil an Eigentum wieder zu schaffen. Da ist eben die Frage: Wollen wir das finanzieren? Werden wir das finanzieren und wie gehen wir damit um?

In einem Punkt bin ich ganz entschieden, in den 90er-Jahren ist die Pflichtversicherung der Elementarschäden eine Errungenschaft aus Deutschland. Die Feuerversicherung war eine große Errungenschaft, die seit 1700 als Versicherungssystem funktioniert hat. Diese Elementarschadenversicherung als Pflichtversicherung ist dem europäischen Deregulierungswahn zum Opfer gefallen. Man meinte, die schöne neue Welt, der Markt regelt alles, auch die Elementarschäden dem Markt zu überlassen. Jetzt haben wir, ich kann das Beispiel mal sagen, weil es der Kollege immer erzählt. Dieter Hausold wohnt in Gera auf dem Berg, der kann sein Haus elementarschadenversichern, gegen Flut versichern. Das ist sehr erfolgreich, sich auf dem Berg gegen Flut zu versichern. Die Volkssolidarität, für die Margit Jung zuständig ist, die bei Untermhaus ist, die bekommen keine Versicherung. Eine Versicherung, die man aber nur abschließen kann, wenn der Schadensfall nicht eintritt, eine solche Versicherung ist überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen müssen wir auch an diesen Stellen den Pfad, der eingeschlagen worden ist, konsequent weitergehen. Ich finde die Initiativen, die da vom Justizminister ergriffen worden sind, genau richtig und wir sollten sie gemeinsam unterstützen. Es bleibt nur der Punkt, da will ich mir nicht selbst widersprechen, derjenige, der in einem Hochrisikobereich baut, weil er unbedingt meint, dort bauen zu müssen, kann seine Verantwortung nicht bei der Allgemeinheit abgeben.

(Beifall DIE LINKE)

Auch da muss es Grenzen geben, die wir als Mut auch dann aussprechen und dokumentieren. Da, wo wir Rückhalteflächen brauchen, da, wo wir Stauräume brauchen, müssen wir uns endlich über die Zuständigkeit der Finanzierung einigen. Wenn wir wollen, dass in den Trinkwassersperrren genügend Raum da ist, um Hochwasserscheitel wegstauen zu können, dann müssen wir das bezahlen, dann müssen wir auch die Zeiten bezahlen, in denen das Wasser dort nicht drin ist, weil es nur dann Sinn macht. Nach Kubikmetern zu bezahlen, wenn der Schaden eingetreten ist, dann ist es zu spät. Also müssen wir über diese Dinge reden, das heißt, wir plädieren dafür, dass diese Betrachtungen, wo Schäden eingetreten sind, auch unter dem Aspekt vorgenommen werden a) wie können wir sie vermeiden, b) wie können wir den Menschen helfen, die davon betroffen sind und c) wie können wir für die Zukunft eine Regelung dazu schaffen. Dazu gilt, die Hilfen für die Bürger sind auf den Weg gebracht, es ist gut, wenn diese unbürokratisch ermöglicht werden. Ich habe gehört, dass die Regelungen für die Unternehmen auf den Weg gebracht worden sind. Auch da gilt unbürokratische Hilfe. Auf das Problem der gemeinnützigen Vereine und Träger habe ich hingewiesen, da gibt es meines Erachtens noch eine Lücke, über die wir reden müssen. Beim Vergaberecht brauchen wir jetzt Rechtssicherheit, damit niemand anfängt und sagt, das muss jetzt alles europaweit ausgeschrieben werden. Wenn wir den Wiederaufbau schnell und zügig hinbekommen wollen, müssen wir jetzt das Vergaberecht so absichern, dass die Dinge auch tatsächlich ohne Zweifel von den Bürgermeistern oder Landräten entschieden werden, die dafür zuständig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe von der Sintflut in Thüringen gesprochen, ich habe von der Flutkatastrophe in Bruchstedt gesprochen, 2002 und 2013 den Hochwässern in Deutschland. Ich bin zutiefst überzeugt, dass an den Flussläufen Länderzuständigkeiten der eigentliche Fehler sind. Ein Fluss fließt in den Breiten, wo er seinen Raum hat und jeder, der versucht, ihn einzuengen, wird am Ende dazu führen,

dass der Fluss sich seinen Teil wiederholt. Ich habe am 16. Februar 1962 meinen 6. Geburtstag gehabt. Das ist der Tag der Hamburger Sturmflut. Ich habe die Hamburger Sturmflut live und in Farbe erlebt als junger Mensch, der ich auf meinen Kindergeburtstag gewartet habe. Ich kann mich bis heute daran erinnern, dass keiner zum Kindergeburtstag kam, wir als Familien aber alle vor den Radios saßen. Denn es ging nur noch darum, wo die Notquartiere sind, wo wir untergebracht werden. Der gesamte Wald hinter unserem Haus ist umgestürzt, meine Großmutter hing an einem Schuppen, der vom Sturm hochgetrieben wurde und mein Vater hielt meine Großmutter fest. Ich habe diese Szenen noch sehr gut in Erinnerung. Das war alles noch, bevor die Flut kam. Und dann kam die Flut. Wenn man also solche Bilder als Kind erlebt hat und in Norddeutschland groß geworden ist, dann weiß man, Wasser ist nicht zu bändigen. Man kann Wasser ein bisschen lenken und leiten, aber Wasser wird sich seinen Weg immer wiederholen, wieder suchen und dann den Durchbruch in der Menge bekommen. Ich glaube, wir müssen den Mut haben und die Kraft haben, zu sagen, wir müssen mit diesem Wasser leben. Dieses Wasser ist eine Herausforderung an uns alle. Den technischen Wahn zu glauben, dass man das alles mit Bauwerken hinkriegen kann, wird in dem Zusammenspiel aller Kräfte am Ende nur wieder neue Katastrophen auslösen. Dass es weitere Wassermengen geben wird, davon bin ich überzeugt. Wir sollten also nicht glauben, dass HQ100 uns vor irgendwas rettet. Wir glauben auch nicht daran, dass Beschlüsse des Landtags gegen Hochwassermengen irgendwas nützen. Nur Beschlüsse, um Wasser anhalten zu können, stoppen zu können, verlangsamen zu können, nur diese Beschlüsse - wenn sie umgesetzt werden - werden uns helfen.

Deswegen werde ich dafür, dass wir in einigen Monaten gemeinsam Bilanz ziehen, was ist gelungen, was ist weniger gelungen, wo muss nachgesteuert werden und was können wir tun, damit in Zukunft diese Katastrophen nicht wieder solche Bilder produzieren, wie wir sie hatten. Deswegen glaube ich, wir müssen auch denen helfen, die geholfen haben. Wir müssen deutlich machen, alle Helfer müssen auch in Zukunft das Signal bekommen, dass wir sie brauchen und dass sie Teil unseres Gemeinwesens sind - deswegen vielen Dank, dass Sie da sind -, aber uns viel Geduld, jetzt in den nächsten Monaten die Themen einzeln abzuarbeiten, und dann die Kraft, die Dinge deutlich auszusprechen und nicht nur darüber wegzuhudeln. Weil eine Flutmauer, die nur zur Hälfte gebaut ist und am Ende mit einem Stacheldraht, mit einem Maschendrahtzaun versehen wird, das ist für mich an einem Ort, wo ich es gesehen habe, eigentlich Sinnbild der Fehlerhaftigkeit und des Bürokratierengels. Da müssen wir weg, wir müssen deutlich machen, die Katastrophe ist unsere Herausforderung. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)